

Rektor_innenwahl der Universität Leipzig: Mittelbauinitiative der Universität Leipzig (MULE) fordert Entmachtung der Hochschulräte in Sachsen

Im Zuge der anstehenden Rektor_innenwahl an der Universität Leipzig ist die Mittelbauinitiative der Universität unzufrieden mit dem Entscheidungsprozess. Das Problem sieht man dabei in einem undemokratischen Hochschulgesetz des Freistaates.

Nachdem keiner der universitätsinternen Bewerber_innen, darunter auch die amtierende Rektorin der Universität Leipzig Prof. Dr. Beate Schücking, dem erweiterten Senat als Kandidatin für das Amt der Rektorin der Universität vorgeschlagen werden soll, herrscht im Kreise des akademischen Mittelbaus und wissenschaftlichen Nachwuchses Unverständnis über diese Entscheidung.

Jana Rüger, Sprecherin der Mittelbauinitiative Leipzig und designiertes Senatsmitglied, prangert die Intransparenz im Entscheidungsprozess an: „Es geht hier nicht um die Person Schücking. Aber es sollte dem höchsten und demokratisch gewählten Gremium der Universität Leipzig zugestanden werden, selbst darüber zu entscheiden, ob man mit der bisherigen Rektorin weiterarbeiten möchte oder nicht. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Hochschulrat dem Senat diese Entscheidung vorab abnimmt.“

Die Mittelbauinitiative der Universität Leipzig sieht hier das Problem, dass der von der Universitätsdemokratie losgelöste Hochschulrat, die Entscheidungsträger, die mehrheitlich gewählt sind, entmündigt. Dies kann nicht im Sinne einer demokratisch bestimmten Universität sein.

Tom Pürschel, ebenfalls Sprecher der Mittelbauinitiative Leipzig, äußerte sich folgendermaßen: „Das Problem ist hausgemacht: Ein externes Gremium, welches durch keine hochschuldemokratische Entscheidung legitimiert ist, wirkt entscheidend auf die Entwicklung der *Alma Mater Lipsiensis* ein. Dies ist nicht mit dem Grundsatz der Autonomie der Hochschulen vereinbar.“

Dr. Thomas Riemer, Sprecher der Mittelbauinitiative Leipzig und designiertes Senatsmitglied, sieht jetzt die Staatsregierung in der Pflicht: „Aus unserer Sicht müsste die Regierung eine Überarbeitung des Hochschulgesetzes anstreben und den Hochschulrat entmachten, indem man die Entscheidung über Posten wie das Rektor_innenamt wieder in die Hände der gewählten Vertretungsgruppen der Universität legt. Wissenschaftsministerin Stange sollte jetzt handeln und dem Landtag durch eine weitere Novellierung des Hochschulfreiheitsgesetzes für zukünftige Wahlen ein anderes Procedere vorschlagen.“